

Inhalt

1	Einführung: Europawerkstatt und Europakonferenz	3
2	Ergebnis: Bürgerempfehlungen und Diskussion zur Zukunft Europas..	3
2.1	Werte und Demokratie in Europa stärken.....	4
2.2	Mehr Zusammenhalt in Europa.....	5
2.3	Europa in der Welt.....	6
2.4	Fortschritt und Nachhaltigkeit sozial gestalten.....	7



1 Einführung: Europawerkstatt und Europakonferenz

Unter dem Motto „2020 Europas Zukunft gemeinsam gestalten“ luden die Bertelsmann Stiftung und das Auswärtige Amt am 1. und 2. März zu einer gemeinsamen Veranstaltung ein.

Im ersten Teil der Veranstaltung, der Europawerkstatt, entwickelten 75 Bürger*innen aus Polen, Frankreich und Deutschland konkrete Empfehlungen für ein starkes, souveränes und solidarisches Europa. Sie diskutierten ihre Empfehlungen in der anschließenden Europakonferenz mit dem deutschen Bundesaußenminister Heiko Maas und seiner bulgarischen Kollegin Ekaterina Zaharieva.

Direkt aus erster Hand konnten die Außenminister von Bürger*innen aus Polen, Frankreich und Deutschland erfahren, wie sie sich ein Europa von morgen wünschen und was ihnen wirklich wichtig ist.

Die Europawerkstatt ist eine neue Form des Bürgerdialogs. Grenzüberschreitend arbeiteten je

25 zufällig ausgewählte Bürger*innen aus Polen, Frankreich und Deutschland über zwei Tage im Auswärtigen Amt in Berlin zusammen. Sie repräsentierten die Vielfalt der Gesellschaft. Gleich viele Frauen und Männer waren im Raum, Menschen ganz unterschiedlichen Alters und sozioökonomischer Hintergründe. Jede und jeder diskutierte in ihrer und seiner eigenen Sprache – mit Hilfe von Dolmetschern, Moderatoren und Experten.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Europawerkstatt vorgestellt. Die Ergebnisse beinhalten eine Dokumentation der Bürgerempfehlungen, die von den Bürger*innen in acht gemischten Tischgruppen erarbeitet wurden sowie eine Zusammenfassung der Diskussion mit den beiden Außenministern.

2 Bürgerempfehlungen und Diskussion zur Zukunft Europas

Brauchen wir mehr Zusammenhalt in Europa? Wie können Werte und Demokratie gestärkt werden? Wie kann die Rolle Europas in der Welt gestaltet werden? Wie kann Europa nachhaltiger werden?

Über diese Fragen tauschten sich die 75 Bürger*innen anderthalb Tage lang aus und entwickelten Empfehlungen für die Politik. Ihre Vorschläge diskutierten sie anschließend im zweiten Teil der Veranstaltung, der Europakonferenz, vor insgesamt rund 400 Gästen mit dem deutschen Außenminister Heiko Maas und der bulgarischen Außenministerin Ekaterina Zaharieva.

Heiko Maas nahm die Impulse aus der Europawerkstatt für die deutsche Ratspräsidentschaft von Juli

bis Dezember 2020 mit. Im Folgenden werden die Empfehlungen der Bürger*innen aus den acht Tischgruppen und die Reaktionen der Politiker*innen dargestellt.



Werte und Demokratie in Europa stärken: Wie kann das Wertefundament gestärkt werden?

Mehr Transparenz und Bürgernähe sind zwei zentrale Punkte, die bei den Diskussionen zum Thema Werte und Demokratie von den Bürger*innen gefordert wurden. Zusätzlich wünschen sie sich eine Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten für Bürger*innen und den vermehrten Schutz von Minderheiten. Erreicht werden soll dies auf verschiedenen Wegen.

Mehr Informationsangebote: Europäischer Fernsehsender, Nachrichten, App

Ein Vorschlag zur Verbesserung der Transparenz ist die Schaffung eines europäischen öffentlichen Fernsehenders mit dem Namen T.E.N. (Transparency. Europe. News.). Bei T.E.N. sollen unterschiedliche Formate aus dem Bereich der Politik und der Kultur, aber auch Sendungen über einzelne Mitgliedstaaten angeboten werden. Der Sender soll verständlich und anschaulich europäische Politik erklären und deren Bedeutung für das alltägliche Leben von Bürger*innen erlebbar machen. Auch konkrete Beispiele und praktische Informationen zur EU sollen dort bereitgestellt werden. Unter dem Titel „5 Minuten für Europa“ sollen Nachrichtensendungen regelmäßig über Europa berichten, damit sich europäische Themen stärker in der Berichterstattung etablieren. Gedacht ist, dass die Nachrichten von der EU und nicht von den Mitgliedstaaten verantwortet werden. Als ein weiteres Informationsangebot wünschen sich die Bürger*innen eine App mit dem Namen „Europa in der Hosentasche“, in der Videos kommentiert und moderiert werden. Ein Feature der App – die Kommentarfunktion – kann als Ausgangspunkt für Petitionen genutzt werden. Bei allen Vorschlägen ist den Bürger*innen eine inhaltlich verständliche Aufbereitung wichtig, sowie die Möglichkeit eigene Themen einzubringen, die anschließend von Experten kommentiert werden. Die Formate sollen verschiedene Informationsbedürfnisse und Altersgruppen bedienen. Eine jugendgerechte Gestaltung

könnte durch die Einbeziehung von YouTubern erreicht werden.

Reaktion aus der Politik

Die beiden Außenminister begrüßten die Vorschläge der Bürger*innen und den Wunsch nach einer verständlichen Aufbereitung. Verständliche Informationen sind wichtig, damit die Menschen wissen, was die EU für ihren Alltag bedeutet. Bürger*innen können dann auch besser einschätzen, ob die eigene Regierung oder die EU für bestimmte Entscheidungen verantwortlich ist. Ob jedoch ein öffentlich-rechtlicher Fernsehsender auf europäischer Ebene entstehen kann, wurde von den Außenministern eher zurückhaltend gesehen.

Mehr partizipative Formate

Neben der Ausweitung von Informationsangeboten ist den Bürger*innen wichtig, stärker an der EU beteiligt zu werden. Die Bürger*innen wünschen sich mehr partizipative Formate wie Bürgerkonsultationen oder Bürgerdialoge mit verantwortlichen Politikern. Eine Idee ist es, regelmäßige Live-Diskussionen mit Experten und Bürger*innen verschiedener Mitgliedstaaten in allen öffentlich-rechtlichen Sendern und YouTube auszustrahlen.

Reaktion aus der Politik

Heiko Maas und Ekaterina Zaharieva können den Wunsch der Bürger*innen nach mehr Bürgerpartizipation gut nachvollziehen. Sie halten eine sichtbare Nachverfolgung der Vorschläge der Bürger*innen auf europäischer Ebene für wichtig.



Mehr Zusammenhalt in Europa: Brauchen wir mehr Solidarität in Europa?

Aus Sicht der Bürger*innen ist die Entwicklung einer europäischen Identität wichtig, um den Zusammenhalt und eine echte Solidarität mit Bürger*innen anderer Länder zu stärken. Zusätzlich diskutierten die Bürger*innen über Herausforderungen der Sozialpolitik, wie etwa Altersarmut.

Eine gemeinsame Identität durch grenzüberschreitende Begegnungen fördern

Für ein Mehr an Solidarität und Zusammenhalt ist es wichtig, direkte persönliche Kontakte und Begegnungen grenzüberschreitend in allen Bereichen des Lebens zu ermöglichen. Es sollen Gelegenheiten geschaffen werden, Europa persönlich zu erleben. Möglich wäre das durch neue Impulse wie ein freiwilliges europäisches Jahr oder eine europäische Börse für grenzüberschreitende Praktika und Volontariate. Aber auch bestehende Strukturen wie das Erasmus Programm oder grenzüberschreitende kulturelle und sportliche Zusammenkünfte sollten stärker gefördert und auf einen größeren Personenkreis ausgeweitet werden. Denkbar wäre beispielsweise ein Erasmus Programm für Auszubildende und Senioren oder die Ausweitung des Interrailangebotes. Neben dem persönlichen Austausch und der Horizonterweiterung kann auch die Verwendung von europäischen Symbolen die gemeinsame Identität stärken, zum Beispiel im Personalausweis.

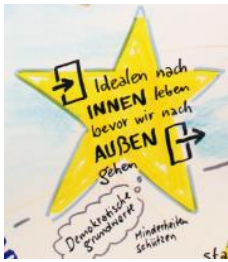
Altersarmut und Fachkräftemangel bekämpfen

Sorgen bereitet den Bürger*innen die Altersarmut und der Fachkräftemangel vor allem in den ländlichen Räumen. Die EU kann durch verschiedene Ansätze dazu beitragen, die Gefahr der Altersarmut zu verringern. Zunächst sind finanzielle Hilfen für bedürftige Rentner nötig, um ein menschenwürdiges Altern zu ermöglichen. Weiter kann die EU eine Harmonisierung der Medikamentenversorgung

voranbringen und finanzielle Unterstützung für krankheits- und altersgerechte Ausstattung leisten. Die Bekämpfung des Fachkräftemangels vor allem in den ländlichen Räumen kann durch eine Sensibilisierung von jungen Menschen für Hilfsberufe angegangen werden, sowie durch Fortbildungsprogramme von Freiwilligen und Familienangehörigen im Pflegebereich. Auch für Ärzte könnten Anreize geschaffen werden, in den ländlichen Gebieten zu arbeiten, z.B. durch EU-Programme und Stipendien. Weitere Diskussionsthemen der Bürger*innen waren das Spannungsverhältnis zwischen nationalen Sozialsystemen und der innereuropäischen Solidarität, sowie die Diskussion, wie viel Kohäsion Europa benötigt bzw. vertretbar ist.

Reaktionen aus der Politik

Auch wenn die EU nicht für das Rentensystem zuständig ist, wollen die Außenminister das Thema Altersarmut mitnehmen und überlegen, was auf EU-Ebene getan werden kann, um Altersarmut stärker zu bekämpfen, z.B. in der Aus- und Weiterbildung. Zusätzlich wollen sie die Lohnunterschiede zwischen den EU Staaten vermindern und sich für einen europäischen Mindestlohn einsetzen. Heiko Maas erläuterte, dass das Thema "EU-Rahmen für einen europäischen Mindestlohn" auch während der kommenden Ratspräsidentschaft auf der europäischen Agenda stehen werde.



Europa in der Welt: Wie kann die Rolle Europas in der Welt gestaltet werden?

Der Ursprung für viele Probleme in der Welt liegt in der Ungleichheit. Die Bürger*innen betrachten es als Aufgabe der EU die Handelspolitik fair zu gestalten, um Folgen von ungleicher Verteilung – wie Flucht und Migration – zu vermeiden. Die EU muss von innen gestärkt werden, um nach außen stark sein zu können.

Faire Handelspolitik voranbringen

Eine faire Handelspolitik beginnt bei den Verbrauchern. Zur Sensibilisierung und Aufklärung der Verbraucher plädieren die Bürger*innen für die Einführung eines Labels für Produkte. Das Label soll die sozialen, ökologischen und ökonomischen Auswirkungen der Produkte bewerten. Um dies zu ermöglichen ist eine unabhängige Zertifizierungsstelle erforderlich, die Kriterien wie faire Löhne, Arbeitssicherheit, Umweltschutz und Steuerbeiträge bewertet und Standards festlegt. Die Vergabe sollte zunächst auf freiwilliger Basis passieren und später verpflichtend werden. Zusätzlich sollen Schwellenländer bei ihrer Aufgabenerfüllung im Hinblick auf Handelsabkommen unterstützt werden. Gegenüber anderen großen Handelsmächten wie China und den USA fordern die Bürger*innen eine souveräne Außenhandelspolitik seitens der EU.

Reaktion aus der Politik

Die EU kann in ihrer Handelspolitik Einfluss auf die EU-Unternehmen nehmen, die im Ausland produzieren und so zu einem fairen Handel beitragen. Für diese Unternehmen arbeitet die EU bereits an einem Label, welches ähnliche Kriterien wie beispielsweise den partizipativen Fußabdruck berücksichtigt. Bei Menschenrechtsverletzungen sollten Sanktionen verhängt werden.

Europa innen stärken, um nach außen stark zu sein

Europa muss eine stärkere Rolle in der Welt einnehmen. Das gelingt jedoch nur, wenn die EU auch nach innen stärker wird. Erreicht werden kann das, indem die Zuständigkeit der Europäischen Staatsanwaltschaft erweitert wird. Zukünftig sollte die Staatsanwaltschaft neben Finanzfragen auch in Grundrechtsfragen agieren können. Die Bürger*innen stellen das „Opting-out“ in Frage und fordern, dass die gleichen Rechte und Pflichten für alle EU-Länder gelten müssen. Der Zugang zur Staatsanwaltschaft sollte für die Bürger*innen und die Zivilgesellschaft geöffnet und die Verfahren erleichtert werden. Innere Stärke soll auch durch eine stärkere Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik erreicht werden. Die Bürger*innen fordern das Vetorecht der Mitgliedstaaten abzuschaffen und dafür Mehrheitsentscheidungen einzuführen (Supranationalisierung). Auch die Legitimität der EU soll durch mehr Kontrolle durch das Europäische Parlament gestärkt werden. Die EU soll darüber hinaus die Mitgliedstaaten stärker kontrollieren und im Notfall Sanktionen verhängen.

Reaktion aus der Politik

Die Außenminister Heiko Maas und Ekaterina Zaharieva befürworten eine Ausweitung der Zuständigkeiten der Europäischen Staatsanwaltschaft. Jedoch muss dies von den Institutionen der Nationalstaaten vorgebracht werden. Auch das Thema der Ausweitung der Europäischen Staatsanwaltschaft wird Gegenstand der Arbeit der Deutschen Ratspräsidentschaft sein.



Fortschritt und Nachhaltigkeit sozial gestalten: Wie kann Europa nachhaltiger werden?

Eine europäische Nachhaltigkeitspolitik kann laut den Bürger*innen nur gelingen, wenn sie sozial und fair gestaltet ist.

Förderung grüner Unternehmen und Unterstützung von Arbeitnehmern

Konkret soll die EU die Ansiedlung grüner Unternehmen vor allem in wirtschaftsschwächeren Regionen fördern und die Unternehmen durch Bürokratieabbau unterstützen. Arbeitnehmer, die ihren Job aufgrund von Umstrukturierungen oder Schließungen von CO₂-intensiven Wirtschaftszweigen verlieren, sollen ebenfalls von der EU unterstützt und gegebenenfalls umgeschult werden. Ein generelles Umdenken in Sachen Nachhaltigkeit aber auch Digitalisierung kann am besten durch den Ausbau von Bildungsangeboten von der Grundschule bis zur Universität erreicht werden. Aber damit nicht genug, die Bürger*innen wünschen sich auch Weiterbildungsangebote auf Gemeindeebene, beispielsweise im Bereich der Informatik. Ein gemeinsames europäisches Vorgehen empfinden die Bürger*innen im Bildungsbereich als wichtig.

Green Deal: Innovationen fördern – Verschwendung vermeiden

Unter dem Stichwort „Green Deal“ wünschen sich die Bürger*innen auch kurzfristige Maßnahmen, die Innovationen und Investitionen fördern, um die Verschwendung unserer Ressourcen zu reduzieren, zum Beispiel Sharing Modelle und neue Verpackungskonzepte. Ein wichtiger Aspekt für die Bürger*innen ist hierbei die Transparenz. Konkret wird vorgeschlagen eine Nachhaltigkeitsampel einzuführen, an der sich Verbraucher orientieren können. Die Bürger*innen wünschen sich, dass die Preisunterschiede zwischen konventionellen und

biologischen Produkten europaweit verringert werden. Alle Bürger*innen sollen sich Bioprodukte leisten können. Entsprechende Förderprogramme für die Landwirtschaft können dazu beitragen. Europäische Plattformen für den Austausch von Wissen und den Austausch von Unternehmen und Investoren und die Förderung von Startups gehören genauso zum Green Deal wie Maßnahmen zum Abbau von Wettbewerbsnachteilen gegenüber nicht EU-Firmen.

Reaktion aus der Politik

Der Green Deal hat laut dem deutschen Außenminister und der bulgarischen Außenministerin eine hohe Priorität in der EU. Mehr Investitionen in Innovation und Forschung stehen ganz oben auf der Agenda. Die Finanzierung der Innovations- und Nachhaltigkeitsförderung stellt laut den Außenministern aber eine Herausforderung dar. Die momentan laufenden Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen der EU gestalten sich aufgrund unterschiedlicher Interessenlagen schwierig. Ein Beispiel des Konflikts ist die Förderung der ökologischen Landwirtschaft. Die Landwirte wollen nicht nur Subventionen für ökologische Landwirtschaft, sondern auch Subventionen für die traditionelle Landwirtschaft. Um den Forderungen nach mehr Innovationen und Nachhaltigkeit bei den Verhandlungen Nachdruck zu verleihen, fordern die Außenminister die Bürger*innen auf, sich zu beteiligen und beispielsweise Arbeitsgemeinschaften zu bilden. Durch Input und konkrete Vorschläge von Bürger*innen können die Themen auf europäischer Ebene vorangebracht werden.

Impressum

© März 2020

Bertelsmann Stiftung
Gütersloh

Graphic Recording

© Christian Ridder

Autorinnen

Anna Renkamp
Jana Fingerhut

Fotos

© Sebastian Pfütz

Verantwortlich

Anna Renkamp
Dr. Dominik Hierlemann

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Anna Renkamp
Programm Zukunft der Demokratie
Telefon +49 5241 81-81145
Fax +49 5241 81-681145
anna.renkamp@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Dominik Hierlemann
Programm Zukunft der Demokratie
Telefon +49 5241 81-81537
Fax +49 5241 81-681537
dominik.hierlemann@bertelsmann-stiftung.de

Jana Fingerhut
Programm Zukunft der Demokratie
Telefon +49 5241 81-81104
Fax +49 5241 81-81999
jana.marie.fingerhut@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de